

PILOTSTUDIE ZU
BÜRGERBETEILIGUNGSPROZESSEN IN
WASSERBEZOGENEN
KLIMAANPASSUNGSPROJEKTEN

Theresa Anna Michel, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Inhalt

1	Analysierte Projekte	1
1.1	Kriterien zur Auswahl der Pilotprojekte.....	1
1.2	Schwierigkeiten bei der Auswahl der Projekte.....	1
1.3	Überblick über (bisher) analysierte Projekte	2
2	Ziele von Bürgerbeteiligung.....	4
2.1	Aus der Literatur.....	4
2.1.1	Ziele von Partizipationsprozessen.....	4
2.1.2	Vorteile und Hindernisse von Partizipation	6
2.2	Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Interviews	7
2.2.1	Ziele der analysierten Projekte.....	7
2.2.2	Empfehlungen und Hinweise aus den Interviews für BREsilient zur Zielerreichung	8
3	Methoden – aus der Literatur	9
3.1	Kriterien zur Einordnung von Beteiligungsverfahren	9
3.1.1	Die Beteiligungsleiter nach Arnstein	10
3.1.2	Das Stufenmodell.....	11
3.1.3	Digitalisierung von Beteiligung	13
3.2	Überblick über verschiedene Methoden	15
3.3	Hinweise für die Planung von Partizipationsprozessen.....	19
4	Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Partizipationsprozessen	23
4.1	Aus der Literatur.....	23
4.1.1	Wer partizipiert? Partizipation als soziales Phänomen	23
4.1.2	Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	24
4.2	Ergebnisse der Dokumentenanalyse und den Interviews	27
4.2.1	Allgemeine Empfehlungen aus den Interviews für BREsilient	31
5	Allgemeine Herausforderungen, Schwierigkeiten und Hindernisse	32
5.1	Aus der Literatur.....	32
5.2	Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Interviews	32
6	Erfolgsfaktoren von Beteiligungsprozessen.....	33
6.1	Aus der Literatur.....	33
6.2	Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Interviews	34
6.3	Abschließende Empfehlungen, Kommentare aus den Interviews für BREsilient (Lessons Learned).....	36

1 Analyisierte Projekte

1.1 Kriterien zur Auswahl der Pilotprojekte

- Wasserbezogene Projekte (Starkregen- und Hochwassergefahr)
- Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
- Geographische Lage
 - o Urbaner Raum
 - o Fokus auf Deutschland
 - o Flussnähe
- Aktualität des Projektes (d.h. Projektende liegt nicht zu viele Jahre zurück)
- Landnutzung der Flächen
 - o Durch Bürgerinnen und Bürger (Kindergärten, öffentliche Veranstaltungsräume...)

1.2 Schwierigkeiten bei der Auswahl der Projekte

- Identifizierte Projekte liegen weit zurück, so dass Interviews zu diesen Projekten wahrscheinlich stark durch Gedächtniseffekte verzerrt werden (u.a. Klimzug-Nordwest 2050, [dynaklim](#), [Stark gegen Starkregen](#))
- Einige Projekte befinden sich (wie BREsilient) bisher erst in der Vorbereitung von Beteiligungsprozessen und können daher noch keine Erfahrungen zu Erfolgsfaktoren und dem Umgang mit Hindernissen aufweisen ([ZURES](#), [Resi-Extrem](#), [zukur](#), [BEGIN](#))
- Oftmals haben Projekte keine nennenswerte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vorzuweisen. Es haben insbesondere in wasserbezogenen Projekten wenig Beteiligungsprozesse stattgefunden (z.B. [embrace](#))
- Es gibt wenige bzw. oftmals keine Informationen auf den Projekthomepages über Erfolgsfaktoren und Hindernisse von Beteiligungsprozesse
- Der Fokus lag in den letzten Jahren nicht auf beteiligungsintensiven Projekten in der Starkregen- und Hochwasservorsorge

1.3 Überblick über (bisher) analysierte Projekte

PROJEKT	INHALT	ZEITRAUM UND REGION	PROJEKTERGEBNISSE (AUSZUG)	INTERVIEW / LITERATUR-RECHERCHE
KLAS I – Klimaanpassungsstrategie extreme Regenereignisse	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung von Strategien zur Verminderung von Auswirkungen aufgrund von Regenereignissen Management des Risikos durch Regenereignisse 	2012-2014 Bremen	<ul style="list-style-type: none"> Praxisleitfaden zur „Ermittlung von Überflutungsgefahren“ Methodik zur stadtgebietsweiten Ermittlung belastbarer Grundlagen zum Abflussverhalten bei Starkregen Konzept für ein innovatives Auskunftssystem Starkregenvorsorge (AIS) 	Interview
KLAS II – Starkregenvorsorge und Klimaanpassung in Bremen	<ul style="list-style-type: none"> Weiterentwicklung und Verifizierung einer vereinfachten Methodik zur Ermittlung von Überflutungsbereichen 	2015-2017 Bremen	Siehe KLAS I	Siehe KLAS I
Ihle-Projekt	<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung der Hochwasserrisiko-management-Richtlinie Bau eines Dammes 	2015-2017 (?) Bremen	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Hochwasserschutzmaßnahmen Schaffung einer Rückhaltefläche 	Interview
Stadtstrecke Bremen	<ul style="list-style-type: none"> Neugestaltung einer Stadtstrecke in der Bremer Neustadt 	Febr. / März - Oktober 2016	<ul style="list-style-type: none"> Neugestaltung der Deichstraße 	Interview

RainAhead	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunales und regionales Leuchtturmprojekt • Schaffung von Planungs- und Warnwerkzeugen für Starkregen im urbanen Bereich 	2013-2016 Lübeck	<ul style="list-style-type: none"> • Planungs- und Warnwerkzeuge für Starkregen als Hilfestellung für kommunale Akteure im Umgang mit den Folgen von Starkregen • Fließwege-, Senken- und Risikokarten • Feuerwehr-Warnsysteme für frühzeitige Warnungen, wann und in welchen Stadtteilen bei Starkregen mit Überflutung zu rechnen ist 	Literaturanalyse
Embrace	Aufbau von Resilienz gegenüber Desastern innerhalb von europ. Gemeinden	2011-2017 Europaweit, auch Regionen in Bayern und Sachsen		Keine Bürgerbeteiligung, daher nicht weiter analysiert
Bürgerinitiative Hochwasser Altgemeinde Rodenkirchen e.V.	Bürger*innen des Kölner Südens (Sürth, Weiß, Rodenkirchen), die über Hochwasserschutz in der Region informieren und sich für die Verbesserung des Schutzes einsetzen.	Seit Dezember 1993	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung von Informationen über die Hochwassersituation in dem Gebiet • Erstellung eines Notfallplans • Kontakt und Austausch mit der Stadt Köln • Etc. 	Kontakt ist hergestellt, Interview geplant
Bürgerinitiative „Kein ÜSG Berner Au“	Anwohner*innen entlang der Berner Au, die sich für die Umsetzung von Maßnahmen zum Hochwasserschutz einsetzen.	Keine Angaben	<ul style="list-style-type: none"> • Die Bürgerinitiative fordert u.a. Bürgerbeteiligung, Verantwortungsübernahme der Stadt Hamburg für die Berner Au und dass es kein Überschwemmungsgebiet an der Berner Au gibt 	Kontakt ist hergestellt, Interview geplant

2 Ziele von Bürgerbeteiligung

2.1 Aus der Literatur

2.1.1 Ziele von Partizipationsprozessen

- Beteiligungsverfahren können aus unterschiedlichen Gründen eingesetzt werden und somit auch verschiedene Ziele verfolgen. Je nach Prozess können unterschiedliche Ziele fokussiert werden.
- Zivilgesellschaftliche Gruppen begründen die Forderung nach mehr Beteiligung „mit dem Hinweis auf eine **verbesserte Demokratie** und auf transparentere demokratische Strukturen“ (Müller & Walk, 2013, S. 59).
- Seitens der Politik wird als ein Hauptziel von Partizipation hingegen dessen oftmals das **Entgegenwirken der Politikverdrossenheit** angeführt (Müller & Walk, 2013).
- Beteiligung kann eine **Möglichkeit der Effizienzsteigerung** bieten (Pretty, 1995)
 - Die Idee hierbei ist es, eine erhöhte Zustimmung (und Unterstützung) von Projekten oder Vorhaben durch Beteiligung zu erreichen
- Partizipation kann als **fundamentales Recht** angesehen werden
- Zu einer bestmöglichen Erreichung verschiedener Ziele, die durch Partizipation verfolgt werden können, sollten diese **frühzeitig im Prozess definiert** werden, so dass die Beteiligungsverfahren auch adäquat geplant werden.
 - Hierzu gehören u.a. Fragen nach den Beteiligten oder aber auch nach der Methodik (siehe Kapitel 5)
- Ziele von Beteiligung können auch über das **Demokratieverständnis** und damit verbundene Demokratiekonzepte abgeleitet werden (Renn, 2008):

Das demokratische System stellt verschiedene Anforderungen und Ziele an Partizipationsprozesse. Unterschiedliche Beteiligte (beispielsweise Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, NGOs, Verwaltungsangestellte, etc.) haben aufgrund verschiedener Interessen auch unterschiedliche Zielvorstellungen sowie der Ausgestaltung von Partizipation. In Folge dessen können die **Anforderungen an die Beteiligungsverfahren** ebenfalls voneinander abweichen (Alcántara et al., 2014). Die Bedeutung der jeweiligen Konzepte ist von gesellschaftlicher Relevanz, denn oftmals berufen sich Teilnehmende an Partizipationsprozesse entweder bewusst oder unbewusst auf diese unterschiedlichen Vorstellungen und wählen Argumente dementsprechend (Alcántara et al., 2014).

- Renn (2008) differenziert sechs Idealtypen¹, namentlich funktional, neoliberal, deliberativ, anthropologisch, emanzipatorisch und postmodern, die Möglichkeiten darstellen, wie „öffentlicher Input in den politischen Entscheidungsprozess integriert werden kann“ (Alcántara et al., 2014, S. 35).
- In Deutschland werden insbesondere vier der sechs² demokratiethoretischen Konzepte in Verbindung zu dem Thema Partizipation betrachtet: **funktionalistisch, neoliberal, deliberativ sowie emanzipatorisch**. Aufgrund der Fokussierung der Forschung auf Partizipationsverfahren innerhalb von Deutschland werden im Folgenden diese vier Demokratieverständnisse, die aufgrund der dargestellten Erklärung auch als Einteilung von Beteiligungszielen (vorrangig nach Renn 2008 bzw. Alcántara et al. 2014) dienen, vorgestellt und analysiert.

FUNKTIONALISTISCH	NEOLIBERAL	DELIBERATIV	EMANZIPATORISCH
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der politischen Entscheidungsfindung • Umfassende Wissensintegration in den Prozess <p>→ Durch Integration von unterschiedlichen Akteuren, die mit ihrem Expertenwissen einen Beitrag zur Lösungsfindung leisten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Repräsentative Integration von Akteuren aus möglichst allen Wissensbereichen <p><u>Methoden:</u> Delphi Methode, Bürgerkomitees, ...</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Interaktion = Austausch von Ressourcen (d.h. von verschiedenen Interessen und Ansichten) • Effizienz steht im Vordergrund • Öffentliche Darstellung der unterschiedlichen Interessen <p>→ Dadurch Herstellung eines Gleichgewichts der divergierenden Interessen und Feststellung des Allgemeininteresses</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Invisible hand“: das Interesse der Akteure wird in dem öffentlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Erreichung einer Übereinkunft zwischen verschiedenen Ansichten • Förderung der Legitimität der Ergebnisse durch eine transparente Lösungs- und Entscheidungsfindung • Individuelle Meinungen und Präferenzen werden durch einen Prozess transformiert • Anvisierung einer Verbesserung der Realität <p><u>Methoden:</u> Bürgerforen, Multiplan-Stakeholder-Konferenzen (offene Prozesse), ...</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mobilisierung zu eigenverantwortlichem Handeln • Empowerment von Minderheiten der Gesellschaft • Beteiligung der bisher wenig bzw. nicht beteiligten Gruppen <p>→ Dadurch Befähigung dieser Gruppen politisch aktiv zu handeln</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung = Instrument zur Förderung der gesellschaftlichen Emanzipation <p><u>Methoden:</u> Zukunftswerkstatt, Town Meetings, ...</p>

¹ Idealtypen bedeutet, dass es sich bei der Einteilung um theoretische Konzepte handelt, die nicht genauso in der Realität wiederzufinden sind. Dieses dient dazu, die Bandbreite verschiedener Sichtweisen und gesellschaftlicher Auffassungen aufzuzeigen (Alcántara et al., 2014). Diese Einteilung erfolgt speziell mit dem Fokus auf Partizipation.

² Postmoderne sowie anthropologische Ansätze finden in Deutschland weder in der Praxis wenig noch in der fachlichen Diskussion über die Beziehung zwischen Partizipation und dem demokratischen System wenig Beachtung (Alcántara et al., 2014).

	Interesse abgebildet <u>Methoden:</u> Fokusgruppen, Runde Tische, ...		
--	--	--	--

2.1.2 Vorteile und Hindernisse von Partizipation

In der Literatur wird eine Vielzahl an Fallstudien identifiziert, welche Vorteile und Risiken von Beteiligung aufzeigen. Bevor ein bestimmtes Beteiligungsverfahren implementiert wird, sollten diese diskutiert und beachtet werden, um so den eigenen Beteiligungsprozess zu optimieren und mögliche Hindernisse zu minimieren.

Vorteile	Hindernisse
Erhöhtes Vertrauen in Entscheidungen (OECD-NEA, 2004)	Kostenintensiver Prozess
Verbesserung des Projektdesigns durch die Integration von lokalem Wissen (Beierle, 2002)	Zeitintensiver Prozess
Schaffung einer öffentlichen Akzeptanz von Entscheidungen (Reed, 2008)	Potentielle Frustration von Stakeholdern (Reed, 2008)
Integration von verschiedenen Interessen und Meinungen	Involvierung von Stakeholdern, die nicht repräsentativ sind (Reed, 2008)
Optimierung der Implementation von Plänen und Projekten	Identifikation von neuen Konflikten
Verbessertes Verständnis von Projekten	Weiteres Empowerment von Stakeholdern, die bereits wichtig sind und Macht innehaben
Förderung und Weiterentwicklung des sozialen Lernens	

(Grundlage aus: Luyet, Schlaepfer, Parlange & Buttler, 2012)

2.2 Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Interviews

2.2.1 Ziele der analysierten Projekte

Projekt	Ziele
KLAS (I & II)	<ul style="list-style-type: none">• Erarbeitung einer gemeinsame Strategie zur besseren Anpassung an extreme Regenereignisse mit allen relevanten Akteuren in Bremen<ul style="list-style-type: none">• Anpassung an Extremsituationen ist als kommunale Gemeinschaftsaufgabe anzusehen• „Wir-Gefühl“ erreichen (Interview)• Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit zur Information und Aufklärung der Grundstückseigentümer*innen (Deputationsvorlage, S. 3; Interview)<ul style="list-style-type: none">• Thema: notwendiger Schutz vor Rückstau (Objektschutz)• Risikokommunikation und Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf eine klimaangepasste Entwicklung der privaten Grundstücke (z.B. Maßnahmen eines ökologischen Umgangs mit Regenwasser) (Deputationsvorlage, S. 3; Abschlussbericht S. 57)• Sensibilisierung der Akteure im Hinblick auf ihre Betroffenheit und ihre Rollen in dem Prozess einer Strategieerarbeitung im Bereich Starkregen (Interview)• Aufklärung privater und gewerblicher Bremer Grundstückseigentümer*innen über eine gezielte Ansprache zu den grundstücksbezogenen Möglichkeiten der Starkregenvorsorge und für ein gutes Bioklima (Abschlussbericht)<ul style="list-style-type: none">• Auskunftsinformationssystem entwickeln, damit Bürgerinnen und Bürger grundstücksscharf die Betroffenheit vorrausichtlich dargestellt wird• Systematische Integration des Aspektes der Klimaanpassung in Planungs- und Beteiligungsverfahren.<ul style="list-style-type: none">• Dadurch soll eine nachhaltige Verankerung der Klimaanpassung im Verwaltungshandeln gewährleistet werden.• Hilfestellung für Grundstückseigentümer*innen, um Maßnahmen des ökologischen Umgangs mit Regenwasser zu realisieren• Kompetenz in das Projekt einbringen (Interview)• Fachliche Ziele: um konkrete Maßnahmen umzusetzen (Interview)
Ihle Projekt	<ul style="list-style-type: none">• Antwort auf Bürgeranträge• Diskussion der Bürgeranträge• Akzeptanz und Verständnis für die getroffenen Maßnahmen

Stadtstrecke Bremen	<ul style="list-style-type: none"> • Erörterung der Varianten der Machbarkeitsstudie und dem Umgang mit den Platanen am Deich (Bericht) • Aufgreifen der Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und Aufarbeitung dieser für den Planungsprozess (Bericht) <ul style="list-style-type: none"> • Positionieren der Teilnehmer*innen zu verschiedenen Themen (Interview) • Informieren über den „Fahrplan“ und die Gesamtmaßnahmen (Interview) • Darstellung der Notwendigkeit von Hochwasserschutz mit dem Ziel der Akzeptanzerreichung (Interview) • Einbindung der Bürgerinnen und Bürger (Interview) <ul style="list-style-type: none"> • Abfragung von Leitbildern oder Leitideen für die Umgestaltung • Grundlagen für den weiteren Prozessschritt zu legen
RainAhead	<ul style="list-style-type: none"> • Informieren der Bürgerinnen und Bürger <ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmenkatalog über Objektschutz • Karten zur Überflutung und Hitze • Abbau von Unsicherheiten • Hilfestellung im Umgang mit Folgen von Starkregen (im Überflutungsschutz) • Intensivierung der Kommunikation zwischen verschiedenen kommunalen Akteuren und der Bevölkerung • Wissens- und Bewusstseinsvergrößerung • Schaffung von Akzeptanz für Baumaßnahmen durch Infrastrukturträger • Förderung von Eigeninitiative in Bezug auf den Schutz von (Wohn-) Gebäuden • Vermittlung des sicheren Verhaltens im akuten Starkregenfall • Austausch und Dialog mit der Bevölkerung

2.2.2 Empfehlungen und Hinweise aus den Interviews für BREsilient zur Zielerreichung

- **Sensibilität mit der Thematik** und Identifizierung der Akteure mit dem Thema ist wichtig (KLAS)
- Zielerreichung ist von den teilnehmenden Akteuren abhängig (KLAS)
- Große Infrastrukturmaßnahmen sind in der heutigen Gesellschaft nicht ohne Bürgerbeteiligung umzusetzen (Stadtstrecke)
- **Konsequent** (als Verwaltung) den Beteiligungsprozess verfolgen und die Ergebnisse in den weiteren Verlauf einbinden (Stadtstrecke)
- **Sachliche Fakten** den am Beteiligungsprozess Teilnehmenden deutlich kommunizieren, um so das Verständnis über die Situation zu bekommen (Stadtstrecke)
- **Kontakt** zu den Beteiligten **aufnehmen und diesen pflegen** (Stadtstrecke)

- Auch bzw. insbesondere mit kritischen Bürgerinnen und Bürger und Bürgerinitiativen (Stadtstrecke)

3 Methoden – aus der Literatur

3.1 Kriterien zur Einordnung von Beteiligungsverfahren

- Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten und unterschiedliche Konzepte hinsichtlich der Ausgestaltung von Beteiligungsprozessen
- Unterscheiden nach dem Partizipationssubjekt (Lamprianou, 2013)
 - Kollektiv oder individuell
 - Konventionell oder unkonventionell
 - Grad der Einbindung von Individuen
- Schwierigkeit: Komplexität von Partizipationsprozessen kann nicht hinreichend durch die verschiedenen Ansätze dargestellt werden (Carpentier, 2016)
 - Diese Ansätze haben dennoch ihre wissenschaftliche Berechtigung, da so ein vereinfachtes Model geschaffen wird, welches Anhaltspunkte für die Möglichkeiten der Ausgestaltung, der Analyse und der Evaluation von Partizipation bereitstellt.
 - Auch kann durch die Einordnung von Beteiligungsverfahren ein Verständnis hinsichtlich des Prozesses geschaffen werden, welches die Zieldefinition und –erreichung unterstützt.

3.1.1 Die Beteiligungsleiter nach Arnstein

- Die von Sherry Arnstein (1969) entwickelte Beteiligungsleiter („ladder of participation“) ist auch heute noch eine *der* oft verwendeten Grundlagen für Analysen hinsichtlich des Grades der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in Beteiligungsprozessen:
 - Es ist ein Mittel, um Partizipationsprozesse zu gestalten, kritisch zu hinterfragen und post-ante zu evaluieren (Collins & Ison, 2009)
- In **Abbildung 1** werden die drei Hauptkategorien (Nichtpartizipation, Grad der Alibikation, Grad der Bürgermacht) mitsamt den dazugehörigen acht Ebenen (bzw. auch Stufen genannt) abgebildet

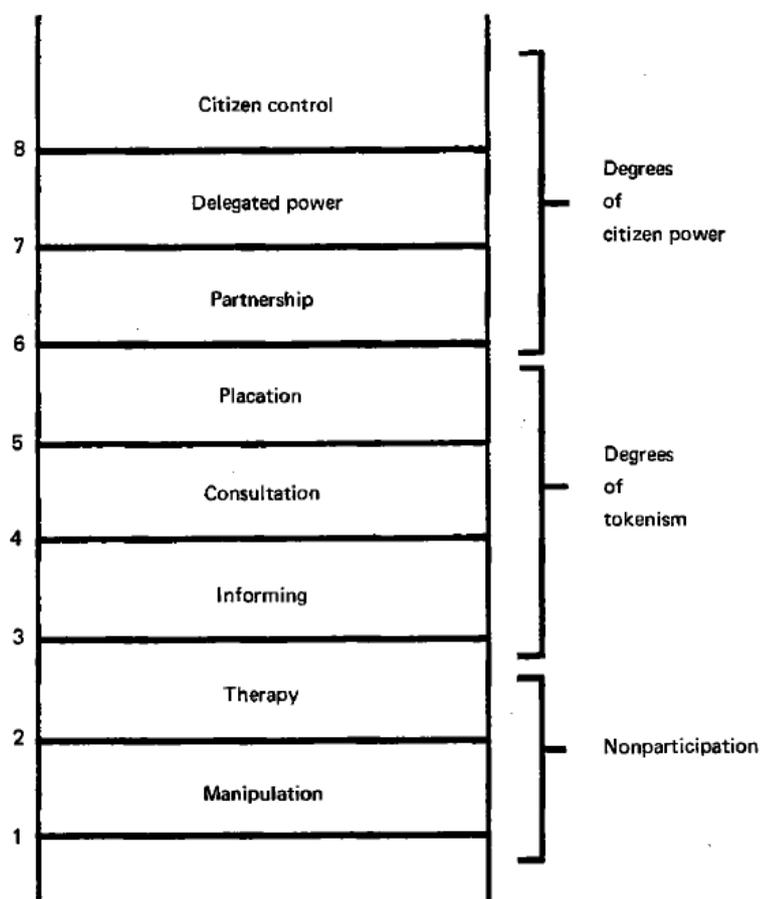


Abbildung 1: The ladder of participation (Arnstein, 1969, S. 217)

- In diesem konzeptionellen Ansatz steht die Entscheidungsmacht (und die Umverteilung dieser) als wesentliches Kriterium von Partizipation im Fokus.
- Trotz einer vereinfachten Einteilung partizipativer Prozesse können durch das Modell theoretisch-basierte, unterschiedliche Graduierungen zwischen Nichtpartizipation und Partizipation treffend abgebildet werden (Carpentier, 2016; Fritsche & Nanz, 2012)

- Grenzen dieses Modells:
 - die Stufen lassen sich in der Realität selten eindeutig voneinander trennen bzw. es kann eine größere Vielzahl weiterer Stufen auftreten, die zu einem differenzierteren und individuellen Bild der jeweiligen Partizipationsprozesse beitragen (Arnstein, 1969, S. 218)
 - die Homogenität der Gruppen wird nicht abgebildet (Arnstein, 1969).
- Kritik:
 - Darstellung von Partizipation als reine Machtverteilung
 - Ziel von Beteiligung muss nicht als komplette Macht bei den Bürgern definiert sein
 - Beziehungen zwischen den verschiedenen Kategorien (von Nichtpartizipation zu Bürgerkontrolle) kann nicht in der Realität nicht als linearer Prozess dargestellt werden (Carpentier, 2016)

3.1.2 Das Stufenmodell

- Das Stufenmodell der Beteiligung stellt eine weitere Möglichkeit dar, Beteiligungsprozesse einzuordnen. Dieses Modell ist ein eher pragmatisches Modell, welches Partizipationsprozesse in die folgenden drei Stufen unterteilt:
 - **Information**, als erste Stufe, meint das „Erkunden der Interessen und Meinungen von Betroffenen, Informationen und Meinungsbildung“ (Schweizer-Ries, 2010, S. 17). Diese Stufe stellt das Medium Kommunikation in den Fokus, was bedeutet, dass zusätzlich zu einseitiger Kommunikation im Sinne von traditioneller Öffentlichkeitsarbeit, auch die „dialogische Kommunikation“ durch bspw. Veranstaltungen zählt (Schweizer-Ries, 2010, S. 17). Interessierten wird die Möglichkeit gegeben, sich über geplante Projekte und Vorhaben zu informieren und sich über die Folgen aufklären zu lassen (Baranek, Fischer & Walk, 2005; Walz et al., 2012; Zschocke, 2007).
 - **Beteiligung**, als zweite Stufe, wird als „intensiverer Kommunikationsprozess“ zwischen einerseits den Betroffenen und andererseits den Mitwirkenden gesehen (Schweizer-Ries, 2010, S. 17). Unter diesem Punkt ist auch eine aktive Teilnahme zu verstehen, was soviel bedeutet, dass Interessierten die Chance gegeben wird, Meinung und Stellung zu den vorgelegten Projekten zu nehmen, ohne dabei jedoch über Vorhaben direkt mitentscheiden zu können (Walz et al., 2012).
 - **Kooperation**, als dritte Stufe, umfasst Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren, insbesondere sind hierunter Akteure aus den „Sphären Staat/Kommunikation,

Markt und Zivilgesellschaft“ gemeint (Schweizer-Ries, 2010, S. 17). Interessierte und Betroffene bestimmen bei der Entwicklung von Planungen mit und generieren in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen, wie bspw. Verwaltung oder Politik, Ziele und Möglichkeiten der Umsetzung (Keppler, 2010; Zschocke, 2007). In diesem Modell steht die Partizipation „der breiten Öffentlichkeit“ (Keppler, 2010, S. 5) im Vordergrund.

- Auch hier in diesem Modell die theoretische Unterscheidung der Stufen in der Praxis schwer vorzunehmen.
- Insbesondere in der Vorbereitungsphase partizipativer Prozesse stellt diese Einteilung einen Mehrwert für Planerinnen und Planer zur Orientierung dar

3.1.3 Digitalisierung von Beteiligung

- Die fortschreitende Digitalisierung nimmt auch zunehmend Einfluss auf Partizipationsprozesse und Kommunikationsverhalten (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012)
 - Es gibt signifikante Steigerung der Internetnutzung in den letzten Jahren auf mittlerweile 62,4 Millionen (89,8%) gelegentlicher Internetnutzer und 50 Millionen täglicher Internetnutzer (72%) (Projektgruppe ARD/ZDF-Multimedia)
- Durch die digitalen Neuerungen war bzw. ist es noch nie so einfach, sich online zu engagieren (Wimmer, 2012)
- Die Auswirkungen des Internets auf Beteiligung wird kontrovers in der Wissenschaft verhandelt:
 - Vorteile gegenüber klassischen Medientechnologien
 - Informationen können effektiver, günstiger und nutzerbezogen verbreitet werden (Verständig, 2016)
 - Es besteht eine erhöhte potentielle Reichweite durch digitale Kommunikation, dadurch kann es zu einer verstärkten Sichtbarkeit und Diversifikation der Informationen kommen (Einspänner-Pflock, 2014)
 - Kritische Position
 - Ungleichheiten bei Zugangsfragen und auch bei Fertigkeiten zur Informationsbeschaffung (Verständig, 2016)
 - Unübersichtlichkeit und Unkontrollierbarkeit von Beteiligung (Einspänner-Pflock, 2014)
- E-Partizipation bekommt aufgrund innovativer Entwicklungen in der IT-Anwendung, durch zunehmende IT-Affinität sowie aufgrund der Ausstattung von Bürgerinnen und Bürger mit IT-Geräten eine neue Bedeutung. E-Partizipation stellt eine neue Chance für Bürgerbeteiligung hin zu einer IT-aktiven Beteiligungskultur dar (Hellmann & Hollmann, 2017)
 - Das digitale Partizipationsinteresse zeigt der E-Government-Monitor auf. Hiernach machen mit 46 % der Befragten die beiden Gruppen „Digitale Beobachter“ und „Digital Engagierte“ bereits einen beträchtlichen Teil der Bürger aus, die im Internet präsent und zugleich politisch interessiert sind (Hellmann & Hollmann, 2017)

- Das existierende, digitale Angebot wird allerdings bisher lediglich von einem kleinen Anteil der Betroffenen bzw. der zur Beteiligung Berechtigten genutzt. Gründe hierfür sind vielfältig:
 - In Deutschland existieren auch heutzutage noch große „infrastrukturelle und sozio-gesellschaftliche Ungleichheiten“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012)
 - Technische Unsicherheiten
 - Digitale Partizipation hat sich **bisher noch nicht durchgesetzt** und ist lediglich als „**Ergänzung** und Erweiterung der Bürger-Staat-Ebene“ zu sehen (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012)

3.2 Überblick über verschiedene Methoden

In der folgenden Tabelle wird ein Auszug an verschiedenen Möglichkeiten von Beteiligungsmethoden dargestellt:

Verfahren	Ziel / Funktion	Typische Themen	Kontext	Typische Auf-traggeber	Dauer	Teilnehmeranzahl und -auswahl
Bürgergutachten/Planungszelle	Beratung von Entscheidern, Beeinflussung öffentlicher Diskussionen	Konkrete lokale oder regionale Probleme und Planungsaufgaben	Fragen auf lokaler und regionaler Ebene	Kommunalpolitik, Kommunalverwaltungen, Vereine oder ähnliche Akteure	Mind. 4 aufeinander folgende Tage	In der Regel 100 Personen (4 Gruppen à 25 Personen); zufällige Auswahl
Bürgerhaushalt	Beratung von Entscheidern, Konsultation, bürger-schaftliche Entscheidung	Kommunalfinanz-zen (komplett oder teilweise)	Fragen auf lokaler Ebene	Kommunalpolitik, Kommunalverwaltungen	1 Tag bis mehrere Jahre	100 – 20 000 Personen; Selbst-selektion
Bürgerpanel	Beratung von Entscheidern	Erhebung von Meinungsbildern zu lokalpolitischen Fragen	Fragen auf lokaler Ebene	Kommunalpolitik, Kommunalverwaltungen, andere an regelmäßigen Meinungsbildern interessierte Akteure	3 – 4 mal jährlich, insg. 3 – 4 Jahre	500 – 2500 Personen; zufällige Auswahl

Charrette³	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen, Beratung von Entscheidern	Konkrete lokale oder regionale Probleme und Planungsaufgaben	Fragen auf lokaler Ebene	Kommunalpolitik, Kommunalverwaltungen, Vereine oder ähnliche Akteure	Mind. 4 Tage (plus je 1 Tag für öffentl. Vor- und Nachbereitung), mehrere Zusammenkünfte (2-4) im Abstand von einigen Wochen sind möglich	Keine Vorgaben, je mehr Beteiligte, umso repräsentativer die Ergebnisse; Selbstselektion, zudem auch gezielte Auswahl (ggf. mit Nachrekrutierung)
Konsensuskonferenz / Bürgerkonferenz	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen, Konsultation, Beratung von Entscheidern	Kontroverse Themen von öffentlichem Interesse	Fragen auf lokaler bis transnationaler Ebene	Behörden	3-tägige Konferenz, 2 Vorbereitungstreffen	10 – 30 Personen; zufällige Auswahl
Mediation	Beeinflussung öffentlicher Diskussionen, Konsultation, Beratung von Entscheidern	Kontroverse Themen von öffentlichem Interesse	In der Regel Fragen auf lokaler bis regionaler Ebene	Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, Behörden oder ähnliche Akteure	1 – 2 Tage bis mehrere Jahre	10 – 100 Personen; gezielte Auswahl
Open-Space-Konferenz	Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft	Sammlung von Ideen und Vorschlägen zu diversen Themen	Fragen auf lokaler bis transnationaler Ebene, organisations- bzw. betriebsinterne Fragen	Verwaltungen, Behörden, Vereine, Kirchen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen etc.	1 – 5 Tage	20 – 2000 Personen; Selbstselektion

³ Als Charette wird ein Beteiligungsverfahren bezeichnet, in dem ein „interdisziplinär arbeitendes Planungsteam unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, Interessensvertreterinnen und –vertretern, Entscheidungsträgerinnen und –trägern sowie Fachexpertinnen und –experten gemeinsam und öffentlich zugänglich nach Lösungen für eine städtebauliche oder freiraumplanerische Aufgabe sucht“ (Fritsche und Nanz (2012, S. 53).

Planning for Real⁴	Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft, Konsultation	Konkrete lokale oder regionale Probleme und Planungsaufgaben	Fragen auf lokaler bis regionaler Ebene	Kommunalpolitik, Kommunalverwaltungen, Vereine oder ähnliche Akteure	Mehrere Veranstaltungen über einen Zeitraum von mehreren Wochen	Unbegrenzt; Selbstselektion
Szenario-Workshop / Szenarienkonferenz	Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft, Beratung von Entscheidern	Antizipieren künftiger Entwicklungen und Ableiten von Empfehlungen in Bezug auf diverse Themen	Fragen auf lokaler bis transnationaler Ebene, organisations- bzw. betriebsinterne Fragen	Verwaltungen, Behörden, Vereine, Kirchen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen etc.	1 – bis 3-tägige Blockveranstaltung oder mehrere Treffen	25-30 Personen pro Gruppe, mehrere Gruppen können parallel arbeiten; Gezielte Auswahl
World Café	Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft	Vielseitig einsetzbar	Fragen auf lokaler bis transnationaler Ebene, organisations- bzw. betriebsinterne Fragen	Verwaltungen, Behörden, Vereine, Kirchen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen etc.	Mehrere Gesprächsrunden à 20-30 Minuten	12 – 1200 Personen; Selbstselektion
Zukunftskonferenz	Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft, Beratung von Entscheidern	Antizipieren künftiger Entwicklungen in Bezug auf diverse Themen	Organisations- bzw. betriebsinterne Fragen, auch Fragen auf lokaler Ebene	Behörden, Kommunen, Vereine, Unternehmen etc.	2 – 3 Tage	Gezielte Auswahl

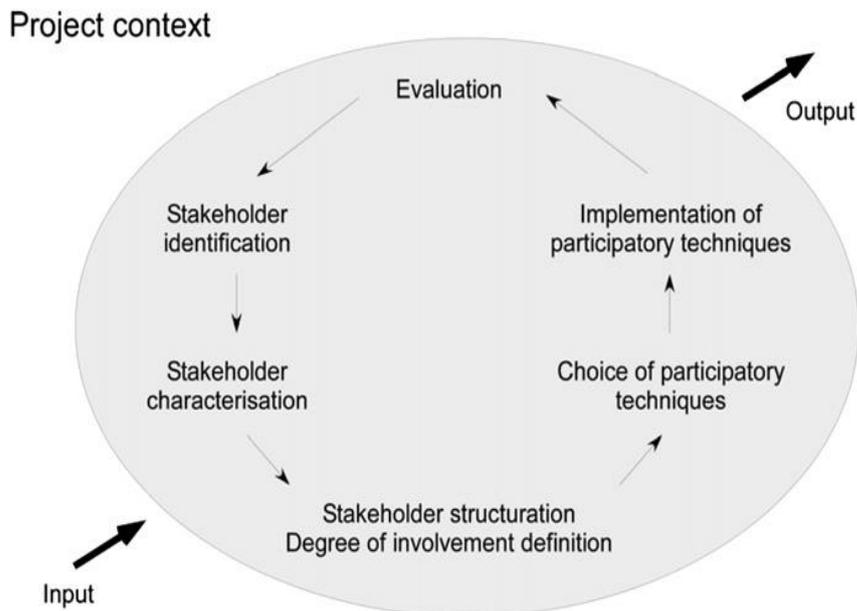
⁴ Mit dieser Beteiligungsmethode wird ein Prozess bezeichnet, der auf die „Verbesserung der Lebensqualität an konkreten Orten (Stadtplätze, Quartiere, Stadtteile, Stadtparks etc.“ abzielt (Fritsche und Nanz (2012, S. 71).

Zukunftswerkstatt	Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft, Beratung von Entscheidern	Antizipieren künftiger Entwicklungen in Bezug auf diverse Themen	Organisations- bzw. betriebsinterne Fragen, auch Fragen auf lokaler Ebene	Behörden, Kommunen, Vereine, Unternehmen etc.	2 – 3 Tage	Bis zu 200 Personen; Selbstselektion (innerhalb einer natürlichen Gruppe)
--------------------------	---	---	--	--	-------------------	--

Tabelle nach Fritsche & Nanz, 2012, 84, 85

3.3 Hinweise für die Planung von Partizipationsprozessen

Im Folgenden wird ein Überblick gegeben, was allgemein bei den verschiedenen Phasen eines Partizipationsprozesses zu beachten ist. Die Planung und Durchführung von Beteiligungsprozesse lassen sich in sechs Phasen einteilen: Identifizierung von Stakeholdern, Charakterisierung der Stakeholder, Strukturierung der Stakeholder und Grad der Beteiligung, Wahl der Beteiligungstechniken, Implementierung der Beteiligungstechniken und die Evaluation des Partizipationsprozesses. Folgende Abbildung illustriert den Beteiligungsverlauf:



Rahmenkonzept für Stakeholder Partizipation
Quelle: (Luyet, Schlaepfer, Parlange & Buttler, 2012, S. 214)

1. Identifizierung von Stakeholder

- Es gibt eine Reihe an Möglichkeiten, um Stakeholder eines Projektes auszuwählen. Stakeholder können bspw. nach dem Schneeball Prinzip oder aber auch nach Kriterien wie wirtschaftlichen oder intrinsischen Motiven, der Kontextnähe oder der sozialen Werten identifiziert werden.
- Die Wahl der Vorgehensweise bei hängt maßgeblich von dem Projektkontext ab, der Projektphase und den verfügbaren Ressourcen ab.
- Die Identifizierung der Stakeholder wird oft als ein entscheidendes Erfolgskriterium für Beteiligungsprozesse genannt, auch wenn dieses zunächst einen Aufwand darstellt (Few, Brown & Tomkins, 2007). Werden allerdings in dieser Phase Stakeholder vergessen, kann der weitere Prozess dadurch beeinflusst werden, indem bspw. Themen einseitig diskutiert werden. Auch kann es dazukommen, dass ‚vergessene‘

Stakeholder später in den Prozess bzw. das Projekt einsteigen und dadurch negative Effekte auf den weiteren Verlauf ausüben.

- Diese Risiken können minimiert werden, indem eine heterogene Gruppe die Identifikation der Stakeholder gemeinsam vornimmt.
- Es ist jedoch auch zu bedenken, dass die Beteiligung aller möglichen Stakeholder gleichzeitig auch die Kosten sowie die Komplexität der Partizipationsprozesse erhöht. Die Herausforderung besteht darin, eine optimale Balance zwischen den Risiken zu finden (Luyet et al., 2012).

2. Stakeholder Charakterisierung

- Durch die Charakterisierung von Stakeholdern können Machtkonstellationen zwischen den einzelnen Stakeholdern und dem speziellen Projektinteresse identifiziert werden. Es bedarf spezieller Feinfühligkeit bei dieser Phase, da so vermieden werden kann, dass eine bestimmte Stakeholdergruppe den Beteiligungsprozess dominiert (Few et al., 2007). Bei kleinen Projekten bzw. bei Projekten mit einer kleinen Anzahl an Stakeholdern ist dieser Schritt nur begrenzt möglich. In der Literatur lassen sich verschiedene Kriterien hinsichtlich der Charakterisierung identifizieren (Luyet et al., 2012):
 - Einstellung hinsichtlich des Projektes
 - Potentielle Konflikte und Koalitionen zwischen Stakeholdern und den Zielabsichten
 - Zugang zu Ressourcen
 - Macht und Ausmaß der Einflussnahme
- Eine Möglichkeit, um diese Verbindungen und Beziehungen aufzuzeigen, bietet das Anfertigen einer Stakeholder Karte an. Generell lässt sich allerdings kein systematischer Ansatz aufführen, sondern die Charakterisierung ist abhängig von den verfolgten Zielen sowie dem Projektkontext. Zu beachten ist die Transparenz des Prozesses. Um das Ergebnis nicht zu verzerren und mögliche Einseitigkeiten zu begrenzen, sollten verschiedene Experten oder auch Stakeholder in den Prozess durch bspw. Interviews oder Fragebögen einbezogen werden (Luyet et al., 2012).

3. Stakeholder Strukturierung und Grad der Einbindung

- Grund für diesen Schritt ist es, die identifizierten Stakeholder in homogene Gruppen einzuteilen, um diesen dann einen bestimmten Grad der Beteiligung zuzuweisen. Hierfür kann bspw. die Leiter nach Arnstein (siehe 3.1) verwendet werden.

- In diesem Kontext kommt die Frage auf, wie die (unterschiedlichen) Grade der Beteiligung für die einzelnen, identifizierten Stakeholder implementiert werden können. Oftmals entscheiden Verantwortliche des Partizipationsprozesses auf Basis der eigenen Erfahrung nach dem Grad der Beteiligung. Dieses ist allerdings kein standardisierter Prozess und gleichzeitig äußerst subjektiv.
- Um dieses Problem zu minimieren ist es auch in dieser Phase ratsam, mehrere Personen in den Prozess einzubeziehen. Neben dem Projektleiter sollten bspw. zusätzlich weitere Experten, Stakeholder (ein bis zwei) und Personen, die mit Kontext vertraut sind hinzugezogen werden.
- Durch den Grad an Stakeholder Beteiligung wird der weitere Prozess beeinflusst, insbesondere der Einsatz verschiedener Partizipationstechniken. Wird Stakeholdern eine nicht angemessene Beteiligungsmöglichkeit gegeben, kann es dazu kommen, dass verschiedene Stakeholder zu wenig oder zu viel Macht in dem Prozess einnehmen.

4. Wahl der Beteiligungsmethodik

- Zur Durchführung eines Beteiligungsprozesses ist es erforderlich, Methoden und Techniken auszuwählen und einzusetzen. Diese können erst ausgewählt werden, wenn die Ziele des Prozesses und der Grad der Beteiligung definiert wurde
- Es lassen sich eine Vielzahl von Methoden und in der Praxis finden, allerdings gibt es bisher keine standardisierte Methode, um die passendste Technik zu bestimmen. Die Wahl der Beteiligungsmethode hängt von folgenden Faktoren ab (Luyet et al., 2012; OECD-NEA, 2004; Reed, 2008):
 - Kontext und Problemstellung
 - Grad der Beteiligung
 - Arten der Stakeholder (Wissensstand und Expertise, verfügbare Zeit, Interesse, etc.)
 - Kulturelle und soziale Bedingungen der Region
 - Wissen und Expertise der Projektverantwortlichen
- Die Entscheidung für eine methodische Ausrichtung verlangt Verbindlichkeit von Zeit und Enthusiasmus (Few et al., 2007)

5. Implementierung der Beteiligungsmethodik

- Die Implementierung der Beteiligungsmethodik kann beginnen, sobald die Stakeholder identifiziert und strukturiert sind, das Beteiligungslevel festgelegt wurde und die Auswahl der Methodik passiert ist.

- Frühe Einbindung der Stakeholder und die Offenlegung eines klaren Ablaufs ist essentiell für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess. Dieses bedeutet, dass die Projektleitung jeden Schritt des Vorgehens im Detail kennt. Damit die Stakeholder motiviert bleiben, an dem Beteiligungsprozess teilzunehmen, ist eine angepasste Informations- und Medienauftritt zu pflegen über das Vorgehen. Geschieht dieses nicht, kann es zu Frustration kommen (Storl, 2009).

6. Evaluation der Stakeholder Partizipation

- Verschiedene qualitative und quantitative Methoden können zur Evaluation herangezogen werden. Auch hier gibt es keine standardisierte Herangehensweise.
- Dieser Schritt ist sowohl für das Projekt als auch für zukünftige Prozesse unabdingbar, um so das Verständnis von dem Einfluss von Stakeholder Beteiligung zu erweitern.
- Bereits zu einem frühen Zeitpunkt im Projekt sollte die Evaluation geplant werden (Luyet et al., 2012).

4 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Partizipationsprozessen

4.1 Aus der Literatur

4.1.1 Wer partizipiert? Partizipation als soziales Phänomen

Partizipation ist ein **dynamischer Prozess**, der sich stetig weiterentwickelt (Lamprianou, 2013)

- Politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist nicht weit verbreitet, ausgenommen von dieser Aussage sind Wahlen, auch wenn hier die Beteiligung noch Steigerungspotential aufweist (van Deth, 2013)
 - Dieses kann auf die stetig wachsende Vielfalt der Möglichkeiten und Ausprägung politischer Beteiligung zurückgeführt werden
 - Die Grenzen zwischen politischer und nicht-politischer Beteiligung sind häufig schwer zu ziehen
- Oftmals ist die Beteiligungsrate sehr gering. Es handelt sich nicht um die Beteiligung von der Mehrheit der Bevölkerung, sondern es geht darum, durch die „Anhäufung von Einzelmeinungen die Meinung des „Volkes“ zu einem bestimmten Thema zu ermitteln“
- Ungleichheit von Teilnehmenden bzw. „**Problem der selektiven Beteiligung**“ (Müller & Walk, 2013, S. 61)
 - Es kann ein Unterschied zwischen verschiedenen sozialen Gruppen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit an partizipativen Prozessen teilzunehmen, festgestellt werden
 - **Geschlecht und Alter signifikante Faktoren** und haben Einfluss auf das Partizipationslevel:
 - Gut gebildete, männliche Bürger höheren Alters und höhere Einkommensgruppe = partizipationsfreudig
 - Gut ausgebildete Angehörige der Mittelschicht sowie Personen, die über viel Zeit verfügen, engagieren sich am häufigsten in offenen Partizipationsverfahren (Fritsche & Nanz, 2012)
 - Junge Frauen aus schwachen sozial-ökonomischen Hintergründen nehmen tendenziell am wenigsten an Partizipationsprozessen teil (Mycock and Tonge 2012)
- Soziale Gruppen sind mehrdimensional und heterogen (keine homogene Einheit) (Lamprianou, 2013)
- **Gender Gaps** sind noch vorhanden, werden allerdings stetig kleiner (van Deth, 2013)
- Variablen sind stets in den größeren soziologischen Kontext einordnen und nicht einzeln zu betrachten

- Unterschiedliche soziale Kontexte und Gruppen benötigen verschiedene Ansätze, um eine Teilhabe zu fördern und speziell um die Beteiligung langfristig aufrechtzuhalten. Dieses kann vor allem bei schwer zu erreichenden Gruppen, die nötig sein (Few et al., 2007).

4.1.2 Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- **Selbstselektion** (Fritsche & Nanz, 2012):
 - Diese Verfahren sind grundsätzlich offen für alle Interessierte
 - Die Teilnehmenden haben sich freiwillig und bewusst für eine Partizipation entschieden
 - Gefahr: Entstehung einer Überrepräsentation von bildungsnahen und/oder über vergleichsweise viel Zeit verfügenden Gruppen (z.B. Studierende oder Senior*innen)
 - Bei elektronischen Beteiligungsverfahren ist zu erwarten, dass insbesondere jüngere Menschen teilnehmen, die kompetent mit der entsprechenden Medien und der Technik umgehen, teilnehmen
 - Es ist somit nicht unbedingt davon auszugehen, dass die Personen, die am stärksten betroffen sind, sich auch am häufigsten beteiligen
 - Es kann zu einer Domination der Sichtweisen von „beteiligungsaffinen“ Milieus kommen
 - Beispiele für selbstselektive Verfahren sind:
 - Planning for Real
 - Zukunftswerkstätten
 - Open-Space-Konferenzen
 - National Issues Forum
 - Bürgerhaushalt
- **Zufällige Auswahl** (Fritsche & Nanz, 2012)
 - Durch die zufällige Auswahl können (theoretisch) die Probleme einer offenen und selbstselektiven Auswahl vermieden werden
 - Bei einem großem Stichprobenumfang kann eine breite Repräsentativität der Teilnehmenden erreicht werden, weshalb diese Form der Auswahl in der Theorie als sehr demokratisch genannt wird
 - Jedoch kann keine Garantie gegeben werden, dass die zufällig ausgewählten Personen auch tatsächlich an der Partizipation teilnehmen

- Ebenfalls ist hier davon auszugehen, dass Vertreterinnen und Vertreter von Bevölkerungsgruppen mit höherer Bildung und/oder einem großzügigerem Zeitbudgets erhöhtes Engagement zeigen
- Zur Vermeidung bzw. Minimierung dieser Effekte ist es sinnvoll, die Zufallsstichprobe mit einer gezielten Auswahl zu kombinieren. Durch eine gezielte Nachrekrutierung (z.B. basierend auf demographischen Merkmalen wie Alter oder Geschlecht) kann der Teilnehmerkreis dann durch unterrepräsentierte Gruppen ergänzt werden
- Beispiele für zufällige Auswahl
 - Bürgergutachten
 - Bürgerrat
 - Konsensuskonferenz
 - Deliberative Polls
- Beispiele für zufällige Auswahl mit Nachrekrutierung
 - Bürgerpanel
 - Bürgerforum
- **Gezielte Auswahl** (nach Fritsche & Nanz, 2012)
 - Grundsätzlich ist dieses Auswahlverfahren offen für alle Interessierten. Um jedoch eine erhöhte Repräsentativität der Teilnehmenden zu erreichen, werden einzelne Personen oder Personengruppen zur Partizipation eingeladen
 - Diese Auswahl kann von den Veranstaltenden aktiv vorgenommen werden durch bspw. Rekrutierung von Teilnehmenden ausschließlich in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen
 - Eine weitere Möglichkeit der gezielten Auswahl kann durch die Schaffung von Mitwirkungsanreizen geschehen durch bspw. Aufwandsentschädigungen für an sich beteiligungsferne Akteure
 - Beispiele für gezielte Auswahl
 - Szenario-Workshops
 - Zukunftskonferenzen
 - Mediationsverfahren
- **Sonderform der gezielten Auswahl** (nach Fritsche & Nanz, 2012)
 - Teilnehmende nehmen von Anfang an nicht ihre eigenen Perspektiven ein, sondern die Perspektive von nicht beteiligten Personen bzw. Personengruppen. Hierdurch sollen die Interessen von nicht vertretenen Gruppen gewährleistet werden

- Diese Verfahren werden „Anwaltsplanung“ genannt, da die Teilnehmenden als Anwältinnen und Anwälte von nicht anwesenden Akteuren agieren
 - Voraussetzung hierfür ist eine hohe Mitwirkungsbereitschaft, da die Teilnehmenden keinen direkten eigenen Vorteil durch die Partizipation erreichen können
 - Gleichzeitig sind die Ergebnisse solcher Beteiligungsverfahren auch von hoher Qualität, da die Anwältinnen und Anwälte meist ein gutes Ergebnis für Ihre Klientinnen und Klienten erreichen wollen
- unabhängig von der Auswahl der Teilnehmenden lässt sich die Zusammensetzung stets auf die Qualität und den Umfang der zuvor unternommenen ‚Werbung‘ bzw. der Informationsvermittlung
- Die Zusammensetzung wird durch folgende Faktoren beeinflusst:
- Allgemein zugängliche Anzeigen, Aushänge, Veröffentlichungen oder Bekanntmachung durch ‚Mund zu Mund Propaganda‘
 - Zeitpunkt der Bekanntmachen (lang- oder kurzfristige Einladung)
 - Der Effekt der Öffentlichkeitsarbeit wird oftmals unterschätzt

4.2 Ergebnisse der Dokumentenanalyse und den Interviews

Projekt	Eingesetzte Methode	Wie eingeladen?	Teilnehmer*innen
KLAS (I & II)	<ul style="list-style-type: none"> Kick-Off Veranstaltung 	<ul style="list-style-type: none"> Flyer an alle Akteure 	<ul style="list-style-type: none"> Interessierte Akteure
	<ul style="list-style-type: none"> Merkblätter 		<ul style="list-style-type: none"> Interessierte Öffentlichkeit
	<ul style="list-style-type: none"> Zweiabendliche Vortragsveranstaltung „Leben mit Wasser – Anpassungsstrategien an den Klimawandel“ Überblick über aktuelle Strategien für einen nachhaltigen Umgang mit Regenwasser und beispielhafte Lösungsansätze für Anpassungskonzepte Bremische Grundlagen und bisher ergriffene und geplante Maßnahmen 		<ul style="list-style-type: none"> Stadtteilbeiräte, Vertreter*innen der Umwelt- und Baudeputation, Akteure aus den Stadtteilen, Wasserwirtschaft, Stadt- und Raumplanung, Umweltverbände, Bürgerinitiativen, interessierte Bürgerinnen und Bürger
	<ul style="list-style-type: none"> Berichterstattung im Radio und Fernsehen 		<ul style="list-style-type: none"> (ca. 30) Vertreter*innen von Kommunen und Institutionen
	<ul style="list-style-type: none"> Interkommunaler Erfahrungsaustausch 	<ul style="list-style-type: none"> Einladung an Kommunen 	
	<ul style="list-style-type: none"> Verschiedene Informationsformate (z.B. Beratungen vor Ort, Informationsveranstaltungen, Messepräsenz, Tage der offenen Tür, Fachvorträge, Zertifizierung von SHK-Betrieben und Meisterausbildung, Modell-Installationen, Bereitstellung von Informationsmaterial, Pressemitteilungen) Bsp.: Broschüre „Wie schütze ich mein Haus gegen Wasser von oben und unten?“ 		<ul style="list-style-type: none"> Interessierte Öffentlichkeit Grundstückseigentümer*innen
	<ul style="list-style-type: none"> Kommunikation des Förderprogramms „Rund ums Wasser“ 		
	<ul style="list-style-type: none"> Internetauftritt 		

Fazit des Interviewpartners	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitschaft zur Teilnahme war vorhanden • Akzeptanz der eingesetzten Methoden hat sich allgemein bewährt • Vortragsveranstaltungen wurden von Bürgerinnen und Bürgern gut besucht 		
Ihle Projekt	<ul style="list-style-type: none"> • Beiratssitzungen Burglesum 	<ul style="list-style-type: none"> • Ankündigung in lokalen Mitteilungsblättern und im Internet 	<ul style="list-style-type: none"> • Interessierte Öffentlichkeit (insbesondere von den Maßnahmen betroffene Bürgerinnen und Bürger)
Stadtstrecke Bremen	<ul style="list-style-type: none"> • Schritt 1: Öffentlicher Deichspaziergang mit dem Senator (04.02.2016) • Einstündige Informationsveranstaltung mit Diskussion (04.02.2016) • Vorstellung der Machbarkeitsstudie; Klärung grundsätzlicher Fragen • Grundlage für die Vorbereitung der Themeninsel-Diskussion bei der Konzeptwerkstatt • Öffentliche Veranstaltung mit mehreren Informationsständen der verschiedenen Fachreferate • Schritt 2: Zweistündige Konzeptwerkstatt (25.02.) • Vier Themeninseln zur Identifizierung Konsensthemen, Konfliktthemen, Ideenspeicher • Sammlung der Kernanliegen der Bürgerinnen und Bürger an die Wettbewerbsteilnehmer • Schritt 3: Rückkoppelung der Ergebnisse: • Zusammenführung der Ergebnisse zu einer Charta. Ergänzungen und Zustimmungen durch Bürgerinnen und Bürger (16.03.2016) 		<ul style="list-style-type: none"> • Interessierte Bürgerinnen und Bürger • (Bei dem Deichspaziergang haben mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen)
	<ul style="list-style-type: none"> • Abschließende Veranstaltung 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung und Diskussion getroffener Vereinbarungen, Dokumentation als „Neustädter Deich-Charta“ • 		
	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung der Wettbewerbsentwürfe (des Gestaltungswettbewerbs für die Stadtstrecke) am Tag vor der Jury-Sitzung im Oktober 2016 • Eindrücke werden den Jury-Mitglieder mitgeteilt 		
	<ul style="list-style-type: none"> • Veröffentlichung der „Neustädter Deich-Charta“ • Dokumentation der bisher eingesetzten Methoden (Beteiligungsprozess Frühjahr 2016) • Darstellung der Ideen als Karte 		
	<ul style="list-style-type: none"> • Passantenbefragung (zufällig am Deich spazierender Passanten) 		<ul style="list-style-type: none"> • 62 zufällig angesprochene Bürgerinnen und Bürger
Fazit des Interviewpartners Stadtstrecke	<p>Ausgewogener Methodenmix, der gut funktionierte Top-Moderation durch beauftragte Büros Kreative Phasen wurden gut angenommen von Teilnehmer*innen Notwendigkeit einiger Diskussionen kann diskutiert werden, dennoch war auch der kontroverse Austausch gut Bürgerinnen und Bürger die Chance geben auch Unmut zu äußern und sich zu beteiligen</p>		

RainAhead	<ul style="list-style-type: none"> • Radio- und Fernsehauftritte (Information) 		Interessierte Öffentlichkeit
	<ul style="list-style-type: none"> • Tag der Wissenschaft • Informieren der TN durch den „Maßnahmenkatalog des Objektschutzes vor urbanen Sturzfluten im Projekt RainAhead“ • Austausch über Wissensstand, Ängste und Vorbehalte zu Maßnahmenalternativen in der Bevölkerung (durch u.a. den Einsatz von Postern zum Ausfüllen) 		<ul style="list-style-type: none"> • Stadtplanung, Feuerwehr der Hansestadt Lübeck, Entsorgungsbetriebe, lokale Bevölkerung, Projektteam
	<ul style="list-style-type: none"> • Dreitägiges Vester-Seminar („Wie lassen sich negative Folgewirkungen von Starkregenereignissen in St. Lorenz Süd minimieren?“ • Erarbeitung einer Einflussmatrix (welche Einflussvariablen werden von den TN als wesentlich erachtet und wie stark beeinflussen sich die Variablen untereinander) 		<ul style="list-style-type: none"> • Projektpartner und Projektbeteiligte
	<ul style="list-style-type: none"> • Vortrag über Starkregenvorsorge beim Festival Klimale „Küste Klima Kunst“ (vom Klimabündnis Kieler Bucht e.V) 		
	<ul style="list-style-type: none"> • Artikelveröffentlichung im Entsorgungsmagazin der Entsorgungsbetriebe Lübeck • Allgemeine Medienarbeit durch Website 		
	<ul style="list-style-type: none"> • Austausch mit Fachleuten auf verschiedenen Fachveranstaltungen 		<ul style="list-style-type: none"> • Experten
	<ul style="list-style-type: none"> • Innerkommunale Vernetzung zum Erfahrungsaustausch: Informations- und Diskussionsforum (?) 		

4.2.1 Allgemeine Empfehlungen aus den Interviews für BREsilient

- **Professionelle Begleitung** (z.B. durch die Moderation) der Beteiligungsprozesse ist wichtig (Stadtstrecke Interview)
- Gesamtbevölkerung zu adressieren ist schwierig
- **Thema muss virulent gehalten werden**, so dass es stets im Fokus bleibt und auffällt
- In Bremen sind die **Beiräte** ein interessantes und wichtiges Thema, welches bei der Beteiligung berücksichtigt werden kann/soll
- Der **Prozess hängt von den Teilnehmenden ab**
- **Befindlichkeiten und Emotionen** der jeweiligen Personen berücksichtigen
- Herausforderungen können bei dem Umgang mit den jeweiligen Akteuren entstehen. Daher sich **bereits vorher auf mögliche Teilnehmende einstellen**
- **Hohe Transparenz bezüglich des Entscheidungsfindungsprozess**
 - Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme auf Entscheidungen darstellen, damit keine falschen Erwartungen geweckt werden und es zu keiner Frustration seitens der Teilnehmenden kommt
- **Offene und direkte Kommunikation** mit den Beteiligten
- **Visuelle Instrumente** (z.B. Gefahrenkarten des Gebietes) einsetzen, um so die Problematik deutlich darzustellen

5 Allgemeine Herausforderungen, Schwierigkeiten und Hindernisse

5.1 Aus der Literatur

- **Erreichbarkeit der Akteure**
 - Oftmals beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger mit ähnlichen sozialen und kulturellen Hintergründen. Je nach der Zielverfolgung (z.B. emanzipatorische Ziele) kann dieses zu einer Herausforderung werden
- Innerhalb einer Kommune oder auch innerhalb einer sozialen Gruppe herrschen zum Teil **erhebliche kulturelle und soziale Unterschiede zwischen Bürgerinnen und Bürgern**: es kann also nicht von einem „einheitlichen Bürgerinteresse“ gesprochen werden, sondern es gilt, die Diversität der Bürgergruppen zu berechnen (Walz et al., 2012, S. 37)
- **Komplexität der Thematik** bei der Ausgestaltung der Beteiligungsprozesse ist zu beachten (Klatt, 2012)
- **Zeitliche Mehraufwand** kann zur **Ermüdung und Demotivation** von allen Beteiligten sowie zu einer resignierenden Einstellung führen (Müller & Walk, 2013)
- In der Praxis wird Beteiligung oftmals auf eine reine Verbreitung von Informationen reduziert

5.2 Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Interviews

Stadtstrecke:

- Festlegung, wer beteiligt und zur Beteiligung eingeladen werden soll
 - Problem, dass **oftmals zu wenige Bürgerinnen und Bürger erreicht werden**, weil nur wenige sich in ihrer Freizeit Zeit dafür nehmen (nichtsdestotrotz kann die inhaltliche Qualität der Debatten und der thematischen Auseinandersetzung hoch sein)
- **Aufwendige und kostenintensive Prozesse** (dennoch unverzichtbar)
- Eingriff in die Natur (Abholzen der Platanen) kontrovers diskutiertes Thema

KLAS I & II:

- **Interne Kapazitäten für die Prozesse schaffen und auch dauerhaft bereithalten**
 - Oftmals sind diese Zusatzaufgaben neben der eigentlichen Aufgabe
- **Vortragsveranstaltungen** „Leben mit Wasser“ war gut besucht, daher ist es denkbar, dieses Veranstaltungsformat zur Information und Beteiligung der Öffentlichkeit zukünftig zu wiederholen

Inle Projekt:

- Falschaussagen bzw. **fehlerhaftes Gutachten hat Unzufriedenheit und Misstrauen** bei Bürgern hervorgerufen

6 Erfolgsfaktoren von Beteiligungsprozessen

6.1 Aus der Literatur

Der Erfolg von Partizipationsprozessen ist von verschiedenen Faktoren, wie unter anderem „institutionellen, inhaltlichen und akteursbezogenen“ Kriterien abhängig (Storl, 2009, S. 105). Es gibt keinen generalisierbaren Ansatz, wie ein Partizipationsprozess im Bereich der Klimaanpassung auszusehen hat (OECD-NEA, 2004). Die komplexe Thematik ist stets von umstrittenen Prioritäten, unterschiedlichen skalenabhängigen Werten und intragenerationalen Auswirkungen abhängig (Few et al., 2007). Somit ist jeder Partizipationsprozess individuell zu gestalten. Dennoch lassen sich in der Literatur Prinzipien identifizieren, die allgemein gültig sind und einen positiven Einfluss auf Beteiligungsprozesse haben können, wenn sie entsprechend berücksichtigt werden:

- „**Fairness, Offenheit, Transparenz, Nachvollziehbarkeit oder Ausgewogenheit**“ sind typische und allgemeine Qualitätsmerkmale für gelingende Partizipation (Keppler, 2010, S. 15)
- Von Beginn des Partizipationsprozesses ist ein **offener Umgang mit Informationen** essentiell (Keppler, 2010)
 - Dadurch kann ein **Abbau von Wissensunterschieden** zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung oder Politik gefördert werden
- „**Etablierung von und Umgang mit (Verfahrens-) Regeln**“ (Keppler, 2010, S. 22)
 - **Transparente Regeln** und **klare Legitimation** für bspw. die Auswahl, die Aufgabenverteilung sowie für die Möglichkeiten der Einwirkung von allen beteiligten Akteuren aufstellen (Storl, 2009)
 - Der Einsatz eines **objektiven Moderators** kann für die Einhaltung der Verfahrensregeln sinnvoll sein
- **Zieldefinierung von Beginn des Prozesses** für alle **Beteiligten nachvollziehbar kommunizieren** und diese **Transparenz auch im Verlauf des Prozesses bewahren** (Few et al., 2007)

- Hierzu zählt auch die **Transparenz bezüglich des Weiterverfahrens** mit den Ergebnissen, damit alle beteiligten Akteure der weitere Verlauf zur Operationalisierung der Entscheidungen bewusst ist (Storl, 2009)
- Interessierten **Zeit einräumen, Informationen einzusehen** und an ersten Treffen teilzunehmen (Keppler, 2010)
- Adäquate Ressourcen bereitstellen (eingeschlossen genügend Zeit einplanen) (Luyet et al., 2012)
- **Wirkungsmöglichkeiten und Grenzen** deutlich kommunizieren, um so realistische Erwartungen an den Prozess aufzubauen und dadurch Frust und Enttäuschung über den Ausgang des Beteiligungsprozesses zu vermeiden (Few et al., 2007; Keppler, 2010)
- **Integration aller Stakeholder** (Luyet et al., 2012)
- **Verlässlichkeit der Kooperationspartner** im Vorfeld analysieren, denn bürgerliches Engagement innerhalb von Prozessen ist auch von personellen, materiellen und organisatorischen Bedingungen abhängig
- Beteiligung sollte stets auf **freiwilliger Basis** stattfinden (Kaase, 1995)
 - Motivation an der Umsetzung von Aktivitäten und der Erreichung von Zielen = wichtiger Faktor
- Einbindung eines erfahrenen **Moderators** (Reed, 2008)
- Flexibilität, um so auf ggfs. unvorhersehbare Situationen zu reagieren (Few et al., 2007)
- Ausgeglichenheit des Prozesses, so dass die Heterogenität der Stakeholder (Reed, 2008) und die Komplexität des Entscheidungsprozesses beachtet wird (Luyet et al., 2012).

Selbst wenn diese Prinzipien angewandt werden, können dennoch kritische Situationen auftreten. Kulturelle, politische und geschichtliche Aspekte der Region müssen bei der Planung von Beteiligungsverfahren bedacht werden. Folglich ist jedes Partizipationsverfahren unterschiedlich, selbst bei dem Einsatz gleicher Methoden (Luyet et al., 2012).

6.2 Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Interviews

Stadtstrecke:

- Klare Strukturierung des Beteiligungsprozesses und klare interne Aufgabenverteilung
- Rückkopplungsschritte innerhalb des Prozesses einbauen und den Prozess ggfs. anpassen (z.B. zusätzliche Veranstaltungen anbieten)

- Klar definieren, über welche Themen und Möglichkeiten geredet werden können und über welche nicht (Grenzen aufzeigen)
 - Am Anfang jeder Veranstaltung einbauen, da die Themen oftmals konfliktbehaftet sind und ohne klare Kommunikation können Schwierigkeiten entstehen
- Den Teilnehmer*innen Ziele deutlichen machen
 - Beispiel: Geht es um eine Informationsveranstaltung oder möchte ich Wissen einholen?
- Grenzen der Mitsprache kommunizieren
- Ehrliche, offene Kommunikation auch über kontroverse Themen, wie bspw. die Platanen-Situation
- Schriftliches Festhalten von den von Bürgerinnen und Bürger kommunizierten Wünschen und Aufgabenstellungen
- Ideenspeicher mit Ideen als Inspiration für die Planungsbüros

KLAS (I&II):

- Interaktive Zusammenarbeit
- Bürgernahe Beratung zeigen Wirkungen (es gibt weniger Anrufe nach Starkregenereignissen)
- Positive Seiten und Chancen der vorsorgenden Klimaanpassung als Kommunikationsmotor
- Checkliste „Handlungsbedarf“ für Grundstückseigentümer*innen

Ihle Projekt:

- Erfahrungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen
- Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend

RainAhead:

- Empfehlung des methodischen Vorgehens der Konzipierung von Maßnahmen unter Einbeziehung der Bevölkerung

6.3 Abschließende Empfehlungen, Kommentare aus den Interviews für BREsilient (Lessons Learned)

- Starkregen ist ein Thema der gesamten Stadtgesellschaft und daher eine kommunale **Gemeinschaftsaufgabe**
- Thema **Eigenvorsorge und Objektschutz** ist bei Bürgerinnen und Bürger von Interesse
- **Gemeinsame Erarbeitung von Konzepten** des Schutzes und von Schadenminderungsstrategien

Literaturverzeichnis

- Alcántara, S., Kuhn, R., Renn, O., Bach, N., Böhm, B., Dienel, H.-L. et al. (2014). *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess* (Umwelt Bundesamt, Hrsg.). Dessau-Roßlau.
- Arnstein, S. R. (1969). A Ladder Of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35 (4), 216–224. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>
- Baranek, E., Fischer, C. & Walk, H. (2005). *Partizipation und Nachhaltigkeit. Reflektionen über Zusammenhänge und Vereinbarkeiten* (Zentrum Technik und Gesellschaft, Hrsg.) (15/05). Berlin.
- Beierle, T. C. (2002). The quality of stakeholder-based decisions. *Risk analysis*, 22 (4), 739–749.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2012). *Digitale Politik und Partizipation: Möglichkeiten und Grenzen*. Zugriff am 19.09.2017. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/75834/digitale-politik-und-partizipation-moeglichkeiten-und-grenzen?p=all>
- Carpentier, N. (2016). Beyond the Ladder of Participation. An Analytical Toolkit for the Critical Analysis of Participatory Media Processes. *Javnost - The Public*, 23 (1), 70–88. <https://doi.org/10.1080/13183222.2016.1149760>
- Collins, K. & Ison, R. (2009). Jumping off Arnstein's ladder. Social learning as a new policy paradigm for climate change adaptation. *Environmental Policy and Governance*, 19 (6), 358–373. <https://doi.org/10.1002/eet.523>
- Einspänner-Pflock, J. (2014). *Digitale Gesellschaft - Partizipationskulturen im Netz* (Bonner Beiträge zur Onlineforschung, Bd. 4). Berlin: Lit.
- Few, R., Brown, K. & Tomkins, E. (2007). Public participation and climate change adaptation.pdf. *Climate Policy*, 7 (1), 46–59.
- Fritsche, M. & Nanz, P. (2012). Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. *Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung*.
- Hellmann, G. & Hollmann, J. (2017). *Führungskompetenz in der öffentlichen Verwaltung. Motivation, Teamleitung und Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Kaase, M. (1995). *Partizipation*. Bonn: Pieper.
- Keppler, D. (2010). *Forschungs- und Diskussionsstand "Regionale Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen". Theoretische Vorüberlegungen zu einer Untersuchung regionaler Beteiligungsprozesse im Bereich erneuerbare Energien*. Berlin: Technische Universität Berlin. Zentrum für Technik und Gesellschaft. Verfügbar unter https://www.tu-berlin.de/fileadmin/f27/PDFs/Sonstiges/Keppler_2010_Beteiligung_EE.pdf
- Klatt, J. (2012). Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62 (46-47), 3–8.
- Lamprianou, I. (2013). Contemporary Political Participation Research. A Critical Assessment. In K. N. Demetriou (Hrsg.), *Democracy in Transition* (S. 21–42). Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-642-30068-4_2

- Luyet, V., Schlaepfer, R., Parlange, M. B. & Buttler, A. (2012). A framework to implement stakeholder participation in environmental projects. *Journal of environmental management*, 111, 213–219.
- Müller, M. & Walk, H. (2013). Demokratisierung der Klimaverhandlungssysteme durch verbesserte Partizipationsmöglichkeiten. In M. Dietz & H. Garrelts (Hrsg.), *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch* (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 39, S. 57–74). Dordrecht: Springer.
- OECD-NEA. (2004). Stakeholder Involvement Techniques. Short Guide and Annotated Bibliography. *Nuclear Energy Agency*. ISBN92-64-02087-X.
- Pretty, J. N. (1995). Participatory learning for sustainable agriculture. *World Development*, 23 (8), 1247–1263. [https://doi.org/10.1016/0305-750X\(95\)00046-F](https://doi.org/10.1016/0305-750X(95)00046-F)
- Projektgruppe ARD/ZDF-Multimedia. *ARD ZDF Onlinestudie 2017. Kern-Ergebnisse*. Zugriff am 20.08.2018.
- Reed, M. S. (2008). Stakeholder participation for environmental management. A literature review. *Biological Conservation*, 141 (10), 2417–2431. <https://doi.org/10.1016/j.biocon.2008.07.014>
- Renn, O. (2008). *Risk governance. Coping with uncertainty in a complex world* (Earthscan Risk in society series). London: Earthscan.
- Schweizer-Ries, P. (2010). *Aktivität und Teilhabe -Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht*. Zugriff am 08.06.2018. Verfügbar unter https://www.tu-berlin.de/fileadmin/f27/PDFs/Forschung/Abschlussbericht_Aktivitaet_Teilhabe_format.pdf
- Storl, K. (2009). *Bürgerbeteiligung in kommunalen Zusammenhängen. Ausgewählte Instrumente und deren Wirkung im Land Brandenburg*. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- Van Deth, J. W. (2013). Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In K. Pohl, P. Massing & M. Abu-Shuair (Hrsg.), *Politische Partizipation. Theoretische Konzepte und empirische Befunde* (Politische Bildung, Bd. 46.2013,3). Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verl.
- Verständig, D. (2016). Digitale Öffentlichkeiten und Netzneutralität. Eine Betrachtung am #drosselkom. In J. Fromme, F. Kiefer & J. Holze (Hrsg.), *Mediale Diskurse, Kampagnen, Öffentlichkeiten* (S. 35–54). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Walz, S., Kast, A., Schulze, G., Born, L., Krüger, K. & Niggemeier, K. (2012). *Handbuch zur Partizipation* (2. Aufl.) (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, Hrsg.). Verfügbar unter http://www.khsb-berlin.de/fileadmin/user_upload/Bibliothek/E-books/1%20frei/Handbuch_Partizipation.pdf
- Wimmer, J. (2012). Partizipation und Protestkulturen in Zeiten der Digitalisierung und Mediatisierung. Kommunikationswissenschaftliche Betrachtung. *Communicatio Socialis*, 45 (3).
- Zschocke, D. (2007). *Regionalisierung und Partizipation. Eine Untersuchung am Beispiel der Städtereion Ruhr und der Region Braunschweig*. Bonn.

